

Mit diesem Startpaket erhalten Sie umfangreiche Informationen zur Mandatsabwicklung.

Bitte lesen Sie die Informationen sorgfältig durch und bestätigen Sie dann an den jeweiligen Stellen durch Unterschrift Ihre Kenntnisnahme bzw. Einwilligung.



Diese Stellen sind am rechten Rand jeweils mit gekennzeichnet.

Ihre Unterschrift benötigen wir mindestens auf Seiten 5, 8 und ggf. 10.

Wenn Sie sich beim Ausfüllen dieser Vordrucke nicht in unserer Kanzlei aufhalten, unterschreiben Sie bitte zusätzlich auf Seite 12 (zweifach).

Reichen Sie das Startpaket danach bitte komplett zurück. Sie erhalten auf Wunsch natürlich eine Kopie/ein Doppel. Sie können das Startpaket auch per eMail, Fax oder Post zurücksenden.

Inhalt

Datenbogen, grundlegende Mandatsinformationen, Haftungsbegrenzung	2
Hinweise zu Kosten und Abrechnung, Hinweise zu Rechtsschutzversicherungen ..	6
Vergütungsvereinbarung für Erstberatungen	9
Informationen zum Widerrufsrecht.....	10
Hinweise zur Datenverarbeitung	13

Datenbogen, grundlegende Mandatsinformationen

Mandatsübernahme und Inhalt des Mandats

Ein Auftrag/Mandat kommt durch Ausfüllen des umseitigen Daten-Bogens noch nicht zustande; Kosten entstehen hierdurch noch nicht.

Das Mandat kommt erst zustande, wenn die Annahme des Auftrags durch uns erklärt wird. Bis zur Vertragsannahme bleibt der Rechtsanwalt in der Entscheidung über die Mandatsannahme grundsätzlich frei. Mit der fristgerechten Einlegung von Rechtsmitteln, Rechtsbehelfen oder Klagen kann der Mandant erst rechnen, wenn die Mandatsübernahme in Textform durch den Rechtsanwalt bestätigt ist.

Gegenstand des Mandats ist nicht die steuerliche Beratung. Steuerliche Fragen und Auswirkungen hat der Mandant durch fachkundige Dritte (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer etc.) auf eigene Verantwortung prüfen zu lassen.

Erreichbarkeit und Pflichten des Mandanten

Es ist wichtig, dass Sie den Rechtsanwalt über alle mit dem Auftrag zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß informieren und sämtliche mit dem Auftrag zusammenhängenden Unterlagen und Daten in geordneter Form übermitteln.

Wenn Sie Unterlagen digital übersenden, nutzen Sie bitte das PDF-Format.

Bitte nehmen Sie als Mandant während der Dauer des Mandats nur in Abstimmung mit dem Rechtsanwalt Kontakt mit Gerichten, Behörden, der Gegenseite oder sonstigen Beteiligten auf.

Der Mandant wird die ihm vom Rechtsanwalt übermittelten Schreiben und Schriftsätze sorgfältig daraufhin überprüfen, ob die darin enthaltenen Sachverhaltsangaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Der Mandant wird die Kanzlei unterrichten, wenn er seine Anschrift, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse etc. wechselt oder über längere Zeit wegen Urlaubs oder aus anderen Gründen nicht erreichbar ist.

Persönliche Daten:

	Ihre Angaben	Gegenseite (soweit bekannt)
Name (ggf. Titel)		
Vorname		
Geburtsdatum		
Anschrift		
PLZ und Ort		
Telefon		
Telefax		
Mobiltelefon		

E-Mail Verkehr:

- Ich möchte nicht per E-Mail korrespondieren

- Ich verfüge über ein E-Mail Konto, über das ich E-Mails, die nach dem S/MIME-Standard verschlüsselt und/oder zertifiziert wurden, senden und empfangen kann.

- Ich kann nur unverschlüsselte E-Mails empfangen und versenden; mir ist bekannt, dass in diesem Fall der E-Mail Verkehr evtl. durch Dritte mitgelesen werden kann, etwa wie eine Postkarte, die ich versende.
Ich bin damit einverstanden, dass mir Nachrichten unverschlüsselte E-Mail übermittelt werden

Meine E-Mail Adresse lautet

Rechtsschutzversicherung: **nein** **ja**, bei

Versicherungsgesellschaft: _____

Versicherungsnummer: _____

Versicherungsnehmer: _____

Ich bin **vorsteuerabzugsberechtigt** **nein** **ja**

**Sofern wegen Bedürftigkeit Beratungshilfe bzw. Prozesskostenhilfe
möglicherweise in Betracht kommt, sprechen Sie uns bitte an.**

Bankverbindung (sofern Zahlungen an Sie erfolgen sollen):

Bank:
IBAN:

**Die Hinweise auf Seite 1 habe ich zur Kenntnis genommen, ich bin damit
einverstanden.**

Die „Hinweise zur Datenverarbeitung“ lagen mir vor.

Ort, Datum

Unterschrift Mandantin/Mandant



**Hinweise zu Kosten und
Abrechnung,
Hinweise zu
Rechtchutzversicherungen**

Kostenpflichtigkeit der Tätigkeit

Unsere anwaltliche Tätigkeit kostet Geld. Die entsprechenden Kosten haben Sie als Mandant zu tragen.

Dies gilt auch, soweit Sie gegen Dritte (z.B. Rechtsschutzversicherung, Gegner, Staatskasse) eventuell einen Kostenerstattungsanspruch haben.

Auch Erstberatungen kosten Geld. Für Erstberatungen schließen wir auf den Folgeseiten eine Vergütungsvereinbarung. Diese bleibt deutlich unter dem im Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) vorgesehen Maximalsatz von 226,10 € (inkl. 19% Mehrwertsteuer, entspricht 190,-€ netto, vgl. § 34 RVG)

Rechtsschutzversicherungen

Sofern Sie uns mit der Vertretung beauftragen und die Abrechnung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) erfolgen soll, übernimmt die Kanzlei auf Ihren Wunsch kostenlos eine erste Kostendeckungsanfrage an eine etwaige Rechtsschutzversicherung. Ebenso übernehmen wir gratis eine weitere Anfrage, falls im weiteren Mandatsverlauf eine Klage erforderlich ist.

Etwaige weitere Korrespondenz mit der Rechtsschutzversicherung stellt eine separate Angelegenheit im Sinn des § 17 RVG dar, die gesondert zu vergüten ist. Die Kosten richten sich nach dem Gegenstandswert und werden nicht von der Rechtsschutzversicherung übernommen. Rückfragen der Versicherung leiten wir daher an Sie weiter.

Zusagen ob und in welchem Umfang eine Rechtsschutzversicherung Leistungen übernimmt, können wir wegen einer Vielzahl unterschiedlicher Versicherungsverträge und unterschiedlicher Leistungsumfänge nicht tätigen.

In der anwaltlichen Tätigkeit zeigt sich leider zudem, dass in einigen Fällen Rechtsschutzversicherungen zwar eine Kostendeckung erteilen, im weiteren Verlauf aber die Rechnung dennoch nicht vollständig begleichen. Wie bereits oben ausgeführt, ist Kostenschuldner stets der Mandant.

Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), Gegenstandswert

Soweit nicht eine individuelle Vergütungsvereinbarung geschlossen worden ist, erfolgt die Abrechnung des Mandats nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG).

Wird nach dem RVG abgerechnet, richtet sich die Abrechnung nach dem Gegenstandswert des Mandats, es sei denn, es handelt sich um ein Mandat, bei dem die Abrechnung nach dem RVG nicht nach dem Gegenstandswert erfolgt, wie in Strafsachen oder in bestimmten sozialrechtlichen Angelegenheiten.

Vorschuss

Der Mandant ist verpflichtet, auf Rechnungstellung einen angemessenen Vorschuss bis zur vollständigen Höhe der Vergütung und spätestens bei Beendigung des Mandats die vollständige Vergütung des Rechtsanwalts zu bezahlen. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen Rechtsschutzversicherung, Gegenseite oder andere Dritte bestehen.

Kostenerstattung in arbeitsgerichtlichen Angelegenheiten

Wir weisen darauf hin, dass in arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten außergerichtlich sowie in der ersten Instanz kein Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren oder sonstiger Kosten durch die Gegenseite besteht. In solchen Verfahren trägt unabhängig vom Ausgang jede Partei ihre Kosten selbst. Dies gilt grundsätzlich auch für Kosten in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Vergütungsvereinbarung/Honorarvereinbarung

Es ist auch möglich bezüglich der Kosten der anwaltlichen Tätigkeit eine andere Vereinbarung, etwa pauschal oder nach einem Stundensatz zu treffen. Eine solche Vereinbarung bedarf mindestens der Textform.

Soweit eine Kosten-Erstattung durch Dritte (z. B. Gegenseite, Verfahrensbeteiligte, Staatskasse, Rechtsschutzversicherung) in Betracht kommt, erstatten diese regelmäßig nicht mehr als die gesetzliche Vergütung.

Die Hinweise zu Kosten und Abrechnung sowie zu Rechtsschutzversicherungen habe ich gelesen und bin damit einverstanden:

.....
Datum

.....
Unterschrift MandantIn



Vergütungsvereinbarung für Erstberatungen

Kosten bei Erstberatung

Sofern die anwaltliche Tätigkeit auf eine Erstberatung beschränkt bleibt, betragen die Kosten hierfür **190,40 €** (einschließlich Mehrwertsteuer).

Was ist eine Erstberatung?

Eine Erstberatung ist eine einmalige pauschale, überschlägige Einstiegsberatung. Dazu gehört nicht, dass der Rechtsanwalt zuvor Recherchen durchführt oder dass er die Erstberatung schriftlich zusammenfasst. Auch gehören Folgetermine nicht mehr zur Erstberatung. Es kann sein, dass in der Erstberatung noch keine vollständige rechtliche Beurteilung eines Sachverhaltes möglich ist. Die Dauer beträgt max. 45 Minuten.

Vergütungsvereinbarung

zwischen den Rechtsanwälten I. Lemmer-Krueger & Gerd Krueger und

.....

(MandantIn)

Für die Erstberatung am

in der Sache

.....

erhalten die Rechtsanwälte eine pauschale Vergütung von 190,40 € (einschließlich Mehrwertsteuer).

Sofern innerhalb von fünf Tagen nach der Erstberatung eine Beauftragung zur Vertretung oder weiteren Beratung erfolgt, wird die Erstberatungsvergütung hierfür angerechnet.

Datum:

.....

Rechtsanwalt

MandantIn



Informationen zum Widerrufsrecht

Gilt nur, sofern Sie uns ausschließlich mittels Fernkommunikationsmitteln (Telefon, Internet, eMail, Brief) beauftragt haben.

Sofern Sie wünschen, dass wir unsere Arbeit kurzfristig aufnehmen, unterzeichnen Sie bitte zweifach.

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung auf einem dauerhaften Datenträger. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

LKK Rechtsanwälte, Landgrabenstr. 73, 90443 Nürnberg

Widerrufsfolgen

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, unverzüglich und spätestens 14 Tage ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf in unserer Anwaltskanzlei eingegangen ist.

Für die Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart.

In keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass mit der Beratung oder Vertretung während der Widerrufsfrist begonnen werden soll, so haben Sie uns für bereits erbrachte Leistungen einen Betrag zu bezahlen, der dem Wert der bis zu diesem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, erbrachten Leistungen entspricht.

Verlust des Widerrufsrechts

Ihr Widerrufsrecht erlischt vor Ablauf der Widerrufsfrist, wenn wir auf Ihre ausdrückliche Zustimmung hin mit der Ausführung der Leistungen begonnen haben und die Leistungen vor Ablauf der Widerrufsfrist vollständig erbracht wurden.

Kenntnis genommen:

.....

(Datum, Unterschrift Mandantin/Mandant)



Ich wünsche die Aufnahme der anwaltlichen Tätigkeit vor Ablauf der 14-tägigen Widerspruchsfrist. Mir ist bekannt, dass ich bei Widerruf bereits erbrachte Leistungen zu bezahlen habe und bei vollständiger Vertragserfüllung durch die Rechtsanwälte mein Widerrufsrecht verliere.

.....

(Datum, Unterschrift Mandantin/Mandant)



Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

LKK Rechtsanwälte (im Folgenden: LKK), Landgrabenstr. 773, D-90443 Nürnberg,
Email: info@KanzleiLKK.de Telefon: +49 (0)0911 – 413664, Fax: +49 (0)911 – 415532

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an datenschutz@KanzleiLKK.de.

Für evtl. Fragen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.